

Protokoll

zur 31. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky am 11. Juli 2022

Öffentlicher Teil

Tagungsleitung:	Frau Uhlemann, Oberbürgermeisterin		
Teilnehmer:	Herr Barthel	-	Stadtrat
	Herr Beinlich	-	Stadtrat
	Herr Gothan	-	Stadtrat
	Herr Halke	-	Stadtrat
	Herr Konschak	-	Stadtrat
	Herr Menzel	-	Stadtrat
	Herr Mrusek	-	Stadtrat
	Herr Neudeck	-	Stadtrat
	Herr Polossek	-	Stadtrat
	Herr Prause-Kosubek	-	Stadtrat
	Herr Simmank	-	Stadtrat (ab 18:21 Uhr)
	Herr Wolff	-	Stadtrat
Es fehlen entschuldigt:	Herr Gottschling	-	Stadtrat
	Herr Kagelmann	-	Stadtrat
	Herr Schuster	-	Stadtrat
	Herr Schulze	-	Stadtrat
Mitarbeiter/innen der Verwaltung:	Frau Barth	-	FB ZD, SG Finanzen
	Frau Mütze	-	FB TD, SGL GLV
	Frau Seidel	-	FB TD, Bauverwaltung
	Herr Kubitz	-	FB TD, SG Tiefbauverwaltung
Gäste:	Frau Pannke	-	Berlin Governance Plattform BGP gGmbH
	Herr Müller	-	Ortsvorsteher See
	Herr Schulze	-	Fotograf, Mediengestalter
	Herr Hänel	-	Bürger
	Frau Kracht	-	Bürgerin
	Herr Hüttig	-	Bürger
Protokollantin:	Frau Hultschig		
Ort:	Bürgerhaus, großer Saal		
Beginn:	18:07 Uhr		
Ende:	20:25 Uhr		
Tagesordnung:	siehe TOP 1.1		

Gefasste Beschlüsse:

Beschluss Nr. 43 / 2022

Vergabe von Bauleistungen zur Straßeninstandsetzung

- Delegation der Vergabekompetenz

Abstimmung 12/0/0

Beschluss Nr. 44 / 2022

Vergabe von Bauleistungen - Einfriedung in der Grundschule Niesky

Abstimmung 11/0/1/1

Beschluss Nr. 41 / 2022

Verkauf eines Grundstückes im Wohngebiet „Wiesenweg“

Abstimmung 13/0/0

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Frau Uhlemann eröffnet die 31. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky und begrüßt die anwesenden Stadträte, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung.

TOP 1.1

Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung und der Protokolle der letzten Sitzungen

Herr Gottschling, Herr Kagelmann, Herr Schulze und Herr Schuster fehlen entschuldigt. Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung ist den Stadträten fristgerecht mit der Einladung zugegangen.

Herr Wolff stellt den Antrag, dass TOP 4, der Beschluss Nr. 40 / 2022 (Entwurf und Auslegung des Bebauungsplans Nr. 22), von der Tagesordnung genommen und zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert wird.

Herr Prause-Kosubek stimmt dem Antrag zu und schlägt vor, die Beratung zu diesem TOP ohne Beschluss durchzuführen oder den Punkt ganz von der Tagesordnung zu nehmen. Da zu diesem TOP Gäste erschienen sind, befürwortet er die erste Variante. Er sieht diesen TOP noch nicht als beschlussreif, da das Thema in seiner Fraktion krankheitsbedingt nicht beraten werden konnte. Insgesamt stimmen neun Stadträte bei drei Stimmenthaltungen für die Vertagung des TOP 4.

Frau Uhlemann nimmt diesen TOP von der Tagesordnung, er wird nochmals im Technischen Ausschuss vorberaten. Die Gäste, die extra zu diesem TOP gekommen sind, können sich gerne zur Bürgerberatung anmelden.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung werden ohne Anmerkungen bestätigt.

Die Protokolle der vorherigen Tagungen werden nach der Sommerpause nachgereicht.

TOP 1.2

Bekanntgabe von Beschlüssen

Aus dem nichtöffentlichen Teil der 30. Tagung des Stadtrates ist der Beschluss Nr. 37 / 2022 bekanntzugeben.

TOP 2

Beschluss Nr. 43 / 2022

Vergabe von Bauleistungen zur Straßeninstandsetzung - Delegation der Vergabekompetenz

Frau Uhlemann erklärt, dass bei der ursprünglichen Einladung zur 31. Tagung des Stadtrates die Nummern der Beschlüsse nicht korrekt waren. Daher wurden die Beschlüsse mit geänderter Nummerierung erneut ausgehändigt.

Herr Kubitz erläutert den Delegationsvorschlag der Vergabekompetenz an Frau Uhlemann. Er erklärt kurz die baulichen Maßnahmen der Straßeninstandsetzung und weist darauf hin, dass die beste Zeit für die Instandsetzungsmaßnahme während der Sommermonate ist. Da aufgrund der Sommerpause keine weitere Tagung des Stadtrates stattfindet, bittet er um Zustimmung zur Delegation der Vergabe an Frau Uhlemann. Die Maßnahme soll gleich nach der Ausschreibung ausgeführt werden. Er bietet an, das Ergebnis der Ausführung im Technischen Ausschuss zu erörtern.

Frau Uhlemann informiert, dass die Maßnahme im Haushaltsplan eingestellt ist, und erinnert, dass der Haushaltsplan in der außerordentlichen Tagung des Stadtrates am 23.06.2022 beschlossen wurde. Im August wird der Haushalt voraussichtlich rechtskräftig. Der Delegierungsbeschluss wurde im letzten Technischen Ausschuss vorberaten.

Frau Uhlemann fordert die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 43 / 2022 erfolgt mit 12/0/0 Stimmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Delegation der Vergabekompetenz an Frau Uhlemann bezüglich der Vergabe von Bauleistungen zur Straßeninstandsetzung.

TOP 3

Beschluss Nr. 44 / 2022

Vergabe von Bauleistungen – Einfriedung in der Grundschule Niesky

Frau Uhlemann weist auf die geänderte Nummerierung dieses Beschlusses hin und gibt an, dass dieser bereits im Technischen Ausschuss vorberaten wurde.

Frau Mütze erklärt, dass dieses für die Grundschule wichtige Projekt mit einer Förderung von 75 Prozent ausgestattet ist. Die Baumaßnahme kostet ca. 125.000 €, wovon 90.000 € durch Fördermittel gedeckt werden. Geplant ist die Einfriedung in der Grundschule Niesky gemäß dem in der Anlage aufgezeichneten Bereich. Es beteiligten sich drei Firmen an der Ausschreibung. Das wirtschaftlichste Angebot gab die Firma Straßen- und Tiefbau GmbH See mit einem Auftragswert von 101.740,75 € ab. Frau Mütze bittet daher um Zustimmung zur Vergabe der Bauleistungen die Firma Straßen- und Tiefbau GmbH See.

Während dieses TOP erscheint Stadtrat Simmank gegen 18:21 Uhr zur Tagung.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 44 / 2022 erfolgt mit 11/0/1/1 Stimmen.

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Vergabe der Bauleistungen zur Erneuerung von Teilen der Einfriedung in der Grundschule Niesky, an die Firma:

*Straßen- und Tiefbau GmbH See
Zum Stausee 32
02906 Niesky*

Höhe der Bauleistung: 101.740,75 € (brutto)

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die o. g. Bauleistungen zur Erneuerung von Teilen der Einfriedung in der Grundschule in Niesky nach Ablauf erforderlicher Fristen zu beauftragen und diese ausführen zu lassen.

TOP 4

Beschluss Nr. 40 / 2022

Entwurf und Auslegung des Bebauungsplans Nr. 22

Entfällt

TOP 5

Grundstücksangelegenheiten

Beschluss Nr. 41 / 2022

Verkauf eines Grundstückes im Wohngebiet „Wiesenweg“

Diese Grundstücksangelegenheit wurde im Technischen Ausschuss vorberaten.

Frau Mütze erläutert, dass es sich bei dem Flurstück 517/4 um das letzte Grundstück auf dem Wiesenweg handelt, dieses liegt neben dem Netto-Markendiscout. Für den Bebauungsplan erfolgte bereits eine Festsetzung des Kaufpreises einschließlich eines Erschließungsaufwandes. Eine Preisreduzierung ergibt sich aufgrund einer Regenwasserleitung, die über das Grundstück führt. Die Ausschreibung erfolgte mit einem Mindestangebot von 34.610,00 €. Das einzige Angebot in Höhe von 35.000 € reichte Herr Rene Schuchardt ein. Dieser habe bereits eine Vorkaufsrechtsanfrage gestellt.

Herr Polossek fragt nach, ob der Käufer über einen möglichen Umbau des benachbarten Netto-Markendiscouts informiert sei. Frau Mütze gibt an, dass es noch keinen festen Bebauungsplan gibt, sich der Käufer dieser Tatsache aber bewusst sei.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, fordert Frau Uhlemann die Stadträte zur Abstimmung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 41 / 2022 erfolgt mit 13/0/0 Stimmen.

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt den Verkauf der nachstehenden Grundstücksfläche:

<i>Gemarkung:</i>	<i>Niesky</i>
<i>Flur:</i>	<i>2</i>
<i>Flurstück:</i>	<i>517/4</i>
<i>Größe:</i>	<i>602 m²</i>
<i>Lage:</i>	<i>02906 Niesky, Theodor-Fontane-Straße</i>

<i>Nutzung:</i>	<i>Baugrundstück, voll erschlossen</i>	
<i>Käufer:</i>	<i>Herr Rene Schuchardt</i>	
<i>Kaufpreis Grund und Boden:</i>	<i>ursprüngliche Festlegung</i>	
	<i>602 m² x 23,00 €/m²</i>	<i>= 13.846,00 €</i>
<i>Umlage Erschließungs- aufwand:</i>	<i>602 m² x 38,35 €/m²</i>	<i>= <u>23.086,70 €</u></i> <i>36.932,70 €</i>
<i>Ausschreibung:</i>	<i>Mindestgebot</i>	<i>34.610,00 €</i>
	<i>Preisreduzierung</i>	
	<i>bzgl. Dienstbarkeit</i>	
<i>Gebot des Käufers:</i>	<i>35.000,00 €</i>	

2. *Alle anfallenden Kosten für den Abschluss des Vertrages, Notarkosten und andere öffentliche Forderungen sind vom Käufer zu übernehmen.*

3. *Für die Stadt Niesky soll eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen werden.*

TOP 6

Planungsangelegenheiten

Frau Uhlemann kündigt an, dass Frau Seidel an dieser Stelle die Themen Regionalplan und EFRE-Stadtsanierungsförderung erläutern wird und im Anschluss über die Gründung eines Kommunalen Entwicklungsbeirates informiert wird. Herr Zscheile, der Bürgermeister von Hähnichen, der ebenfalls eingeladen war, um einen Beitrag zum Thema Kommunalen Entwicklungsbeirat zu leisten, konnte aus dienstlichen Gründen nicht teilnehmen.

Frau Uhlemann gibt an, dass es sich bei der Regionalplanfortschreibung um die zweite Gesamtfortschreibung des Regionalplanes für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien handelt. Die Stadt Niesky darf hierzu eine Stellungnahme abgeben. Ein Beschluss hierzu ist nicht notwendig.

Frau Seidel weist darauf hin, dass der Entwurf der Stellungnahme den Stadträten am Freitag, den 08.07.2022, per E-Mail zugegangen ist. Die Stellungnahme ist bis zum 29.07.2022 abzugeben. Bei der Fortschreibung des Regionalplan wurden zentrale Orte und Verbände bisher nicht berücksichtigt. Die Städte Niesky und Rothenburg sowie angrenzende Gemeinden bilden einen Kooperationsraum zur überörtlichen Zusammenarbeit, wo weitere Infrastruktureinrichtungen bereits gebündelt sind. Dies ist in den übergeordneten Planungen noch nicht dokumentiert. Zur Anbindung des Grundzentrums Rothenburg an das Mittelzentrum Niesky ist die Verbindungsachse Niesky-Rothenburg mit aufzunehmen. Aus dem Tourismus- und Erholungsbereich ist die Talsperre Quitzdorf als Vorbehaltsgebiet Erholung eingestuft und nicht zur vorrangigen Erholungsnutzung vorgesehen. In der Raumnutzungskarte sind nur in der Gemeinde Quitzdorf und See Erholungsbereiche ausgewiesen. Der Erholungsbereich auf dem Territorium der Stadt Niesky fehlt. Im Flächennutzungsplan der Stadt Niesky ist der Bereich Campingplatz und Feriensiedlung See als Sonderbaufläche Erholung ausgewiesen. Um einen künftigen Nutzen sicherzustellen, ist der Bereich als Erholungsbereich in die Unterlagen aufzunehmen. Bei den Schwerpunktthemen der Tourismusgebiete in der Region Oberlausitz-Niederschlesien ist der industrielle Holzbau aufzunehmen mit dem Konrad-Wachsmannhaus als herausragendes Beispiel für den industrialisierten Holzbau. Unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit soll ein attraktiver und bedarfsgerechter Öffentlicher

Personennahverkehr ausgebaut werden. Der Grundsatz des bedarfsgerechten öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum darf nicht dazu führen, dass diese Gebiete benachteiligt werden. Die Berücksichtigung dieser Bedürfnisse müsse unabhängig von deren Wirtschaftlichkeit festgeschrieben werden. Die Erreichbarkeit der bürgerrelevanten Ämter und der Landkreisverwaltung muss in einem angemessenen zeitlichen Rahmen gewährleistet sein. Für den Kulturlandschaftsschutz sind die räumlichen Voraussetzungen für die landschaftsbezogene Erholung zu erhalten und zu entwickeln. Die Stellungnahme zur Regionalplanfortschreibung sollte fristgerecht abgegeben werden. Der Beschluss mit der endgültigen Stellungnahme würde in der nächsten Stadtratstagung im September vorliegen.

Herr Mrusek gibt an, dass es sehr unrealistisch ist, den öffentlichen Personennahverkehr sowohl wirtschaftlich als auch bedarfsgerecht zu gestalten. Es werde in den ländlichen Regionen immer schwieriger, den Öffentlichen Personennahverkehr aufgrund der Wirtschaftlichkeit aufrechtzuerhalten. Hier sollte auf Wirtschaftlichkeit verzichtet werden, um ihn für die Bürger bedarfsgerecht zu gestalten. Frau Uhlemann informiert über den Vertragsabschluss zwischen dem Landrat Herrn Lange und dem neuen Busunternehmer bei der Presseveranstaltung am Mittwoch, den 06.07.2022. Es ging um die Beauftragung für die Bestellung der Busfahrpläne im Norden des Landkreises und rund um Görlitz. Der Landrat äußerte den Wunsch, dass die Schülerpauschale nicht pro Kopf, sondern als Flächenpauschale gezahlt werden sollte. Frau Uhlemann schlägt vor, dies in Rücksprache mit dem Landrat nochmal aufzunehmen.

Herr Mrusek fragt nach, ob es in Folgejahren eine Auswertung zum Erfüllungsstand des Regionalplanes geben wird. Frau Uhlemann erwidert, dass dieser nur einen Ermöglichungsrahmen darstellt, wodurch nur Akzente gesetzt würden. Sie geht auch darauf ein, dass manche Punkte bereits in den Vorjahren eingebracht wurden und auch erneut eingebracht werden können.

Herr Simmank stimmt Herrn Mrusek bezüglich der Wirtschaftlichkeit zu. Die Erreichbarkeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur für die Bürger hänge davon ab. Die Wirtschaftlichkeit darf nicht zur Diskussion stehen. Nach seiner Auffassung müsse das Landratsamt auch für ältere Bürger gut erreichbar sein, da dieses immer mehr Aufgaben übertragen bekäme.

Herr Prause-Kosubek stimmt Herrn Mrusek und Herrn Simmank zu. Er würde dies gern mit einem Appell an den Freistaat verbinden. Der Anspruch sollte unabhängig von der Wirtschaftlichkeit festgeschrieben werden, da er Bestandteil des geltenden Koalitionsvertrages sei.

Herr Mrusek merkt an, dass als Alternativen zu den Buslinien auch Kleinbusse oder Rufbusse eingesetzt werden könnten.

Frau Uhlemann sichert zu, dass die Stellungnahme hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit geändert wird. Sie erinnert daran, dass der Regionalplan nur einen Rahmen darstellt und nichts vorschreibt, sondern ermöglicht.

Das EFRE-Stadtsanierungsprogramm war bereits ein Thema im Technischen Ausschuss. Es gibt eine EU-Förderperiode für Stadtsanierungen, für die sich die Stadt Niesky bewerben kann. Hierfür sind Handlungsprogramme innerhalb einer recht kurzen Frist bis zum 30.09.2022 zu erarbeiten. Die Förderung ist mit 8 Mio. € geplant, bei einem Fördersatz von 75%. Die Schwerpunkte dieses EFRE-Stadtsanierungsprogrammes liegen auf sozial benachteiligten Regionen und ökologischen Aspekten. Diese Stadtratstagung dient als

Vorberatung für dieses Projekt. In verschiedenen Gesprächsrunden mit der Verwaltung und weiteren Stadtakteuren soll das Sanierungsgebiet begrenzt werden und neue Aspekte Berücksichtigung finden.

Frau Seidel erklärt, dass zum EFRE-Stadtsanierungsprogramm eine neue Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung für den Zeitraum 2021-2027 in Kraft getreten ist. GIHK bedeutet Gebietsbezogenes integriertes Handlungskonzept. Grundlage für diese Fördermaßnahme ist das bereits vorhandene Stadtentwicklungskonzept, welches im Stadtrat 2019 beschlossen wurde. Die Förderung setzt ein städtisch geprägtes Gebiet mit mindestens 5.000 Einwohnern voraus. Mögliche Fördergegenstände sind die Verbesserung der Stadtökologie und die CO₂-Reduzierung oder Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Belebung. Das Stadtquartier, über dessen Fläche sich das Projekt ziehen soll, ist abzugrenzen.

Frau Seidel erläutert die Terminkette. Der Auftragserteilung am 15.06.2022 folgte eine Bürgerbeteiligung am 24.06.2022 im Park der Generationen und ein erstes Auftaktgespräch am 01.07.2022 mit dem Auftraggeber Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH aus Dresden. Zum Fest des Kinder- und Familienzentrums in Niesky am 09.07.2022 wurden Familien aufgefordert, ihre Vorschläge für eine familienfreundliche Stadt vorzubringen. Es gab von Kindern und Eltern sehr viele Ideen, wie z. B. der Wunsch nach mehr Aktivitäten für Jugendliche, einer gemütlichen Gaststätte mit Musik auf dem Zinzendorfplatz, einem Verkehrsgarten, Filmnachmittagen mit der mobilen Technik der Stadt, einem Hunde-Arial beim Park der Generationen, einem Spielplatz im Waldbad und dem Ausbau der Fahrradwege. Eine blinde Bürgerin merkte an, dass die Ampel am Zinzendorfplatz zu leise wäre. Heute, am 11.07.2022, wird die Abgrenzung des Untersuchungsgebietes im Stadtrat vorgestellt. Am darauffolgenden Tag, den 12.07.2022, soll eine Bürgerbeteiligung auf dem Wochenmarkt stattfinden. Danach sollte am 21.07.2022 zwischen den Fachbereichen ein Arbeitsgespräch im Rathaus erfolgen. Nach dem 25.07.2022 soll eine Bürgerbeteiligung im Stadtteil Neuhof stattfinden. Bis zum 30.07.2022 sollten alle Arbeitsgespräche und vorbereitende Bürgerbeteiligungen durchgeführt worden sein. Es erfolgen daraufhin die Sammlung und Auswertung der Daten sowie die Entwicklung von Leitlinien und Zielen. Für den 04.08.2022 sind vormittags Workshops geplant unter Beteiligung von Schlüsselakteuren der Kulisse, wie die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, dem Kinder- und Familienzentrum, der DRK-Sozialstation, der Wohnungsbaugenossenschaft Niesky EG und der Behindertenwerkstatt. Am Nachmittag erfolgt ein weiterer Workshop mit Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Bahnhofes einschließlich des Umfeldes, zum Beispiel die Errichtung eines Verkehrsgartens oder Ähnliches. Bis zum 20.08.2022 sollen für die ersten Konzeptideen die Kosten festgesetzt werden, außerdem sollten bis dahin alle Projektideen niedergeschrieben werden. Zusammenfassend werden die Konzeptideen mit einer Kosten- und Finanzierungsübersicht versehen, diskutiert und bis zum 30.08.2022 ein erster Entwurf des Gebietsbezogenen integrierten Handlungskonzeptes vorgelegt. Bei der nächsten Stadtratstagung am 05.09.2022 sollte eine Beschlussvorlage bezüglich des Gebiets mit den jeweiligen Projekten vorliegen. Danach können bis 23.09.2022 zu diesem Thema noch Diskussionsrunden stattfinden. Die Einreichung des Antrages muss zwingend bis 30.09.2022 erfolgen.

Frau Seidel erklärt den für die Stadtsanierung geplanten Geltungsbereich und die Ideen für den ersten Entwurf der Gebietskulisse. Für ein Mehrfamilienhaus auf der Muskauer Straße 57-61 ist gegebenenfalls ein Abriss und eine Umwandlung in eine Gewerbefläche angedacht. Die Scheune im Stadtteil Neuhof könnte ebenfalls abgerissen werden und der damit gewonnene Platz der Gestaltung und Aufwertung des Stadtteils dienen. Das ehemalige FO-KORAD-Haus, welches unter Denkmalschutz steht und im Besitz der Möbelwerke Niesky

GmbH ist, könnte saniert werden und den Sitz eines Holzkompetenzzentrums oder eines Gewerbeflächenmanagers bilden. Zwei Bahnerhäuser könnten abgerissen werden, um die dadurch entstehende Fläche neu zu gestalten. Bei dem Güterbahnhof wäre es möglich, ein neues Objekt für die Jugend zu schaffen. Das Bahnhofsgebäude könnte als Zentrum für die zukünftige Mobilität ausgebaut werden und das Bahnhofsvorgelände wäre eine gute Fläche, um einen Verkehrsgarten zu errichten. Der Park der Generationen und der Molkereigraben sollten als ein Bereich betrachtet werden, damit dieser aufgewertet werden kann. Bei dem Bürgerhaus als Kultur- und Veranstaltungsort wäre es dringend notwendig, eine energetische Sanierung durchzuführen. Der Garagenkomplex am Rathaus könnte abgerissen werden, um Freiflächen zu schaffen. Hierzu wäre vorher eine Abfrage notwendig, wie viele Bürger die Garagen wirklich noch nutzen. Der Spielplatz und Park Astrachan ist bisher nur für Kinder ausgelegt. Dieser Bereich könnte so umgestaltet werden, dass auch Jugendliche diesen Platz in der Freizeit nutzen können. Außerdem müsste der Platz behindertengerecht angepasst werden. Für den Innenhof des Gymnasiums an der Lehnergasse ist entweder ein Abriss oder die Ertüchtigung der ehemaligen Kreismusikschule denkbar. Bei der Freifläche zwischen dem Museum und der Bibliothek sollte geprüft werden, inwieweit man diese Fläche für Veranstaltungen nutzen kann. Außerdem wäre eine energetische Ertüchtigung der Gebäude in Betracht zu ziehen. Weiterhin sollte ein Außengelände für den Hort unbedingt angelegt werden.

Bis Ende August sollen die Projekte noch vertieft werden, um die umsetzbaren Projekte in der Stadtratstagung im September vorzustellen. Frau Uhlemann erklärt, dass das ausgewählte Gebiet nicht noch umfangreicher ist, da die geplanten 8 Mio. € auf die gesamte Fläche verteilt werden müssen. Alle notwendigen Punkte sind in diesen Rahmen einbezogen. Außerdem muss es so gestaltet sein, dass der Eigenanteil an diesem Projekt auch tragbar ist. Sie fragt die Stadträte nach deren Meinung.

Herr Halke spricht verschiedene Grünflächen der Stadt an, so ist der Sonnenhügel sehr überwachsen. Außerdem wird der Park Montplaisir von einigen Hundebesitzern genutzt, obwohl der Park nicht als Hundepark angedacht ist. Frau Seidel erläutert, dass nur wenige Möglichkeiten bestehen, die Planung im Umfang zu erweitern. Sie erklärt wie wichtig es ist, dass der Bahnhof in Niesky wieder mehr Bedeutung bekommt.

Herr Neudeck informiert, dass sich in dem geplanten Gebiet die Zahnklinik und das Ärztehaus befinden. Er wünscht sich, dass die Fördermittel auch genutzt werden, um attraktive Praxen für die Zukunft schaffen.

Herr Menzel schließt sich der Meinung von Herrn Neudeck an. Er schlägt vor, die Gebäude der Stadtwerke und das Ärztehaus zu einem Gesundheitszentrum zusammenzufassen. Es besteht bereits Bedarf für zukünftige Ärzte, dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden. Herr Menzel würde das Gebiet gern noch bis zur Krone erweitern, um eine Straße in diesem Bereich zu sanieren. Frau Uhlemann gibt an, dass über diese Förderung voraussichtlich keine Straßensanierungen möglich sind, aber es werde versucht, alle Vorschläge zu berücksichtigen.

Herr Prause-Kosubek schließt sich den vorangegangenen Vorschlägen an und lobt die Struktur dieses Projektes, da es um das Stadtzentrum gehe und zielgruppenorientiert sei. Er schlägt vor, eine Sauna in das städtische Naherholungszentrum einzubauen. Das geplante Gebiet müsste hierzu um geschätzt 400 m in den Westen erweitert werden und er bittet um Prüfung, ob dies möglich ist.

Frau Uhlemann nimmt diesen Vorschlag auf. Die Ausschreibung für die Fördermittel sei ein Wettbewerb, bei dem sich 53 Kommunen beworben haben. Daher muss bei diesem Projekt sehr strategisch vorgegangen werden. Es müssen Kostenüberschläge gemacht werden und es ist zu prüfen, welche Projekte wirklich umgesetzt werden könnten und welche Priorität diese haben. Es wird zwar versucht, so viel wie möglich umzusetzen, aber gegebenenfalls müssten für die Sauna oder andere Projekte Alternativen gesucht werden.

Herr Mrusek fragt nach, ob sich für die Ausschreibung möglicherweise als problematisch erweist, dass das Gebiet recht umfangreich ist. Frau Uhlemann informiert, dass möglicherweise noch einige Änderungen vorzunehmen sind. Es handelt sich hierbei nur um den ersten Vorschlag, bei dem vor allem die sozialen und ökologischen Aspekte im Vordergrund stehen sollten.

Herr Mrusek schlägt vor, die Maßnahmen an dem Mehrfamilienhaus auf der Muskauer Straße 57-61 und an der Scheune im Stadtteil Neuhof vom Plan zu nehmen. Frau Seidel erläutert die Vorgaben aus der Förderrichtlinie. Das Förderprogramm schreibt vor, dass ausschließlich zusammenhängende benachteiligte Quartiere gefördert werden können. Der Stadtteil Neuhof sei durch die Bahn benachteiligt und der Abriss des Mehrfamilienhauses auf der Muskauer Straße wurde bereits vor mehreren Jahren überlegt um Gewerbeflächen zu schaffen. Auf der anderen Seite sind die Häuser ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von Wohnraum.

Frau Uhlemann möchte zu diesem weitere Bürgerbeteiligungen durchführen. Herr Pause-Kosubek begrüßt diesen Vorschlag. Er empfindet die Information der Stadträte sehr wichtig, um Bürger zur Beteiligung zu animieren. Es sei von Bedeutung auf die Bürger zuzugehen, um den Kontakt zu verstärken.

Frau Uhlemann kündigt Frau Pannke von der Berlin Governance Platform BGP gGmbH an. Sie erklärt, dass die Bewerbung für das Projekt Kommunalen Entwicklungsbeirat bereits erfolgt ist. Niesky wurde zusammen mit vier anderen Kommunen ausgewählt.

Frau Pannke stellt sich vor und begrüßt die anwesenden Personen. Anhand einer Präsentation erklärt sie das Konzept des Kommunalen Entwicklungsbeirates. Die Berlin Governance Platform BGP gGmbH beschäftigt sich mit der Frage, wie in Kommunen gute demokratische Prozesse oder Entscheidungen zu herausfordernden Zukunftsfragen getroffen werden können. Hier entstehen die Konflikte, die auch ausgetragen werden, und hier sei die Demokratie am stärksten erlebbar. Das Modellprojekt Entwicklungsbeirat werde in fünf Kommunen zum ersten Mal ausprobiert. Es ist finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung. Der Kommunale Entwicklungsbeirat versteht sich als ein neues Gremium innerhalb der kommunalen Ebene. In diesem sollten Vertreter aus dem Stadtrat, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft sitzen, die sich eine herausfordernde Zukunftsfrage stellen, und innerhalb von einem Jahr Empfehlungen für den Stadtrat ausarbeiten. Auf diese Art solle die repräsentative Demokratie gestärkt werden, da der Beirat eine beratende Funktion hat, aber keine Entscheidungen trifft. Es ist wichtig, dass verschiedene Interessengruppen zusammenkommen. Neue Ideen entwickeln sich gut, wenn unterschiedliche Perspektiven mit unterschiedlichen Hintergründen aufeinandertreffen. Ziel sei es, dieses Gremium langfristig zu etablieren, um Zukunftsfragen zu behandeln. Das Beteiligungsinstrument solle zu Beginn vorerst für ein Jahr ausprobiert werden, um zu prüfen, ob es einen Mehrwert hat und zur Weiterführung anregt. Die Berlin Governance Platform BGP gGmbH wird nicht aktiv bei dem Beirat dabei sein, sondern stößt die Projektgründung nur an und bringt Erfahrungen ein. Frau Pannke schlägt vor, hier in der Region nach Moderatoren zu suchen, die den

Entwicklungsbeirat begleiten könnten. Diese Moderatoren würden dafür von der Berlin Governance Platform BGP gGmbH geschult. Ebenso wird ein Austausch zwischen den teilnehmenden Kommunen unterstützt.

Frau Pannke stellt die einzelnen Schritte vor, die bisher erfolgt sind und noch erfolgen werden. Niesky wurde im Mai als Pilotkommune ausgewählt. Die Ansprechpartner vor Ort für die Koordination des Kommunalen Entwicklungsbeirates sind Frau Uhlemann, Frau Baumann und Frau Pannke selbst. Die Unterstützung durch den Stadtrat ist essentiell wichtig. Der nächste Schritt wird die Aufstellung einer Steuerungsgruppe sein. Die Steuerungsgruppe soll die organisatorische Vorbereitungsarbeit für den Entwicklungsbeirat erledigen. Sie verstehe sich als kleine Version des Kommunalen Entwicklungsbeirates, da auch hier Personen aus verschiedenen Interessengruppen vertreten sein sollen. Die Planungsphase könne bis Oktober 2022 andauern. Anschließend beginne die eigentliche Arbeit des Entwicklungsbeirates. Das Herzstück sind die Sitzungen, die viermal über das Jahr verteilt stattfinden sollen. Im Oktober 2023 sollten die erarbeiteten Ergebnisse an den Stadtrat übergeben werden. Außerdem sollte eine Rückmeldung des Stadtrates an den Beirat im Dezember 2023 erfolgen. Die Berlin Governance Platform BGP gGmbH stellt für das Projekt 10.000 € Anschubfinanzierung für die Umsetzung des Kommunalen Entwicklungsbeirates oder für die Umsetzung der Empfehlung zur Verfügung. Die enge Prozessbegleitung erfolge durch Beratung bei der Koordination, der Öffentlichkeitsarbeit und des Moderationsteams sowie bei der Verwaltung der Steuerungsgruppe. Für kommunenübergreifende Vernetzungsmöglichkeiten sollen virtuelle Räume geschaffen werden. Die überregionale Sichtbarkeit solle dadurch gewährleistet werden, dass die Erfahrungen aus allen Kommunen zum Schluss veröffentlicht werden.

Frau Uhlemann gibt an, dass Frau Baumann dieses Projekt als Koordinatorin betreut. Die Steuerungsgruppe ist eine Gruppe mit fünf bis sieben Personen, die überlegen sollte, wer in den Kommunalen Entwicklungsbeirat aufgenommen werden und wer diesen moderieren könnte. Frau Pannke würde als Co-Moderatorin zur Verfügung stehen. Der Kommunale Entwicklungsbeirat sollte maximal 35 Personen umfassen. Es wäre auch möglich, Akteure aus anderen Gemeinden, wie aus der Gemeinde Hähnichen, in den Beirat aufzunehmen. Frau Uhlemann wünscht sich, dass zwei Stadträte Teil der Steuerungsgruppe werden, und bittet um Austausch in den Fraktionen. Empfehlungen für Moderatoren seien ebenfalls willkommen.

Herr Simmank sieht das Projekt und die Herangehensweise als vielversprechend an. Er fragt, wie die weitere Veröffentlichung, auch außerhalb von Niesky, für dieses Projekt geplant ist. Frau Uhlemann erklärt, dass sie Herrn Zscheile angeboten habe, das Projekt im Gemeinderat Hähnichen vorzustellen. Die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit sollte in der Steuerungsgruppe abgesprochen werden.

Herr Mrusek fragt nach, ob der Kommunale Entwicklungsbeirat nur auf ein Projekt bezogen sein soll und wie dies auf Dauer aussehen wird. Frau Uhlemann erklärt, dass das Projekt Test2Rail während dieser Testphase der Schwerpunkt ist. Abänderungen, Erweiterungen oder eine andere Priorisierung sind möglich. Sie verweist auf die Steuerungsgruppe, um das zentrale Thema und die Fragestellung zu definieren. Frau Pannke empfiehlt, die Fragestellung nicht zu eng zu fassen und mögliche Chancen und Risiken mit einzubeziehen. Bei einer Weiterführung des Entwicklungsbeirates besteht die Möglichkeit, dass sich der Beirat eine neue Fragestellung sucht. Es sollte jedoch festgelegt werden, wie lange eine Periode für die Beantwortung der Fragestellung sein könnte.

Herr Prause-Kosubek sieht das Projekt ebenfalls als positiv an, da bereits ein gutes Konzept vorliegt. Es bietet eine neue Handlungsmöglichkeit für Stadt. Er erklärt sich dazu bereit, Teil der Steuerungsgruppe zu werden. Frau Uhlemann bedankt sich bei Herrn Prause-Kosubek und fragt in die Runde, welche Stadträte ebenfalls Mitglied der Steuerungsgruppe werden möchten.

Herr Beinlich würde sich gern an der Steuerungsgruppe beteiligen.

Herr Neudeck gibt an, dass sich aus seiner Fraktion Herr Hagen Schulze bereit erklärt hat, ein Mitglied in dem Kommunalen Entwicklungsbeirat zu werden.

Herr Simmank wünscht sich, den Beirat auf Dauer zu erhalten. Frau Uhlemann informiert, dass die Kommune bezüglich Test2Rail die Planungshoheit hat. Sie könnte sich vorstellen, auch im Kreisentwicklungsausschuss über das Projekt zu berichten.

Herr Menzel befindet dieses Projekt für gut. Er fragt nach, wie der Beirat nach dem Dezember 2023 fortgesetzt werden kann und ob ein zweites Projekt möglich ist. Er würde sich auch weitere Begleitung für die Zukunft wünschen. Frau Pannke erklärt, dass die Förderung bis Ende 2023 geht. Die Kommunen sollten bis zum Ende soweit gestärkt werden, dass sie den Beirat selbst weiterführen können. Die Berlin Governance Platform BGP gGmbH bemüht bereits um eine Folgefinanzierung.

Herr Beinlich fragt nach, welcher zeitliche Aufwand für die Steuerungsgruppe geplant sei. Frau Pannke gibt an, dass für die Steuerungsgruppe drei bis vier Sitzungen mit jeweils vier Stunden geplant sind. Der Entwicklungsbeirat sollte sich viermal im Jahr zu ganztägigen Veranstaltungen treffen.

Frau Uhlemann möchte das Projekt im Gemeinderat Hähnichen vorstellen und fragt, ob die Stadträte einer Aufnahme Hähnichener Einwohner in den Entwicklungsbeirat zustimmen. Herr Menzel bejaht die Frage und schlägt vor, auch die Stadt Rothenburg einzubeziehen. Herr Prause-Kosubek stimmt dem zu und rät zu größtmöglicher Transparenz in der Region.

TOP 7

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Uhlemann informiert, dass am Mittwoch den 06.07.2022 der Vertrag zur Beauftragung der Busverkehre stattgefunden hat.

Am 11.07.2022 hat der Innenminister Herr Schuster die Feuerwehr Niesky besucht. Anlass dafür war die Allianz Sichere Sächsische Kommunen (ASSKomm). Dieser Allianz sind bisher schon elf Kommunen beigetreten. Der Vertrag zur Kooperationsvereinbarung ist gemeinsam mit der Polizei und dem Landespräventionsrat unterzeichnet worden. Der Empfang des Innenministers war mit einer großen Anwesenheit verschiedener Akteure im Bereich Präventionsarbeit gut vorbereitet. Die Kooperationsvereinbarung unterstützt durch Fördermittel in voraussichtlich 90%iger Höhe die Koordinierung der Präventionsmaßnahmen hier vor Ort.

Ein Projektantrag über den Projektauftrag Zukunftsregion zum Thema Holzbau wurde im Mai eingereicht und am 11.07.2022 bewilligt. Nun könne ein Projektmanager tätig werden. Bis September sollte ein Folgeantrag erarbeitet und eingereicht werden. Somit könnte für die nächsten zwei Jahre ein Ansprechpartner für den Bereich Holzbau und die Holzbauunternehmen finanziert werden.

TOP 8

Anfragen und Anträge der Stadträte

Herr Mrusek bemängelt, dass beim Empfang des Innenministers keiner der Stadträte eingeladen war. Er berichtet von seinem Besuch des Kinder- und Familientages. Er war sehr positiv überrascht, wie viele Leute anwesend waren und wie gut sich die Vereine präsentiert haben.

Herr Mrusek fragt, wie weit die Planung der Rosenhalle ist und ob die Größe des Spielfeldes angemessen sei. Frau Seidel erklärt, dass sich die Rosenhalle noch in der Planungsphase befindet. Im Juli gab es eine Gesprächsrunde mit Vertretern der Vereine. Es wird ein Spielfeld mit den Maßen 20 x 40 m geben. Welche Vereine die Halle zu welcher Zeit nutzen werden, wird sich noch herausstellen. Herr Mrusek befürchtet, dass auch das Spielfeld der neuen Rosenhalle, ebenso wie die Halle in Horka, die Bahnhofshalle oder eine der anderen Sporthallen, zu klein für Wettbewerbe oder Turniere seien. Frau Seidel bietet an, dass sich die Vereine bei der Stadtverwaltung melden können, um ihre Probleme und Wünsche zu äußern. Danach wird geprüft, was abhängig von den Kosten und der Größe der zur Verfügung stehenden Fläche umgesetzt werden kann.

Frau Uhlemann versichert, dass die neue Rosenhalle größer als die bisherigen Hallen sein wird. Es wäre allerdings nicht möglich, alle Wünsche zu berücksichtigen, da die Rosenhalle gleich an den Park Monplaisir angrenzt. Herr Konschak erklärt, dass das internationale Handballfeld eine Größe von 20 x 40 m hat.

Herr Menzel vermutet, dass die Kiesgrube in der Sommerzeit wieder sehr gut besucht sein wird und fragt nach, ob diese regelmäßig von Mitarbeitern des Bauhofes gereinigt werde. Herr Kubitz informiert, dass der Bauhof jede Woche seine Runden fährt und auch den Müll bei der Kiesgrube aufsammelt. Er möchte das Thema im Bauhof nochmal ansprechen.

Herr Menzel erkundigt sich, ob es im Sommer für die Federballspieler trotz der geplanten Generalreinigung die Möglichkeit gäbe, den Spielbetrieb aufrechtzuerhalten. Frau Mütze erklärt, dass Frau Lubosch die Vereine bereits angeschrieben hat, wer die Halle wann nutzen möchte. Die Nutzung wurde daraufhin bereits festgelegt. Die Vereinsmitglieder sollen sich daher an Frau Lubosch wenden.

Herr Polossek beschwert sich, dass während des Skatecontests am Wochenende der gesamte Sportpark mit Autos zugeparkt war, obwohl dort mehrere Parkverbotschilder stehen. Die Autos sollten dort parken, wo es erlaubt ist. Gegebenenfalls sollten noch zusätzliche Hinweisschilder aufgestellt werden. Frau Uhlemann gibt an, dass der Skatecontest genehmigt wurde. Die Nutzungsvereinbarung soll nochmal überprüft werden. Sollte dieses Problem erneut auftreten, soll sichergestellt werden, dass auch Ordnungskräfte dazu geholt werden.

Herr Neudeck fragt, wie die Stadtwerke Niesky von der aktuellen Problematik mit der Energiesituation betroffen sind. Frau Uhlemann erklärt, dass auch die Stadtwerke Niesky davon betroffen sind. Es ist für die Zukunft wichtig, verstärkt auf Energiemanagement zu achten. Um die Kommunikation kümmern sich die Stadtwerke selbst, indem sie ihren Kunden die Änderungen mitteilen und auch für Gespräche zur Verfügung stehen.

Herr Neudeck erfragt, ob die Bushaltestelle Ödernitz überhaupt noch genutzt wird. Frau Uhlemann informiert, dass bisher eine inoffizielle Zusage für eine Förderung vorliegt, um diese Bushaltestelle in das Zentrum von Ödernitz zu verlegen. Eine formale Bestätigung

liegt noch nicht vor, daher stehen noch keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Die Verlegung der Haltestelle ist jedoch bereits geplant.

Es liegen keine weiteren Anträge bzw. Anfragen vor. Frau Uhlemann beendet den öffentlichen Teil der Tagung.



Kathrin Uhlemann
Oberbürgermeisterin



Polossek
Stadtrat



Prause-Kosubek
Stadtrat



Hultschig
Protokollantin